

## Neue Führung, alte Probleme – der Generationswechsel an Chinas politischer Spitze

Minxin Pei\*

Mit dem Ende des 18. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) Mitte November kam auch die erste Phase des chinesische Führungswechsels zum Abschluss. Die wichtigste Aufgabe der Partei während dieser Phase war es, den ständigen Ausschuss des Politbüros, also das oberste beschlussfassende Organ der Partei, zu wählen. Zusätzlich zur Ernennung von sieben Spitzenpolitikern umfasst der Wechsel auch die Wahl eines neuen Politbüros und des Zentralkomitees als Vertretung der 83 Millionen Parteimitglieder.

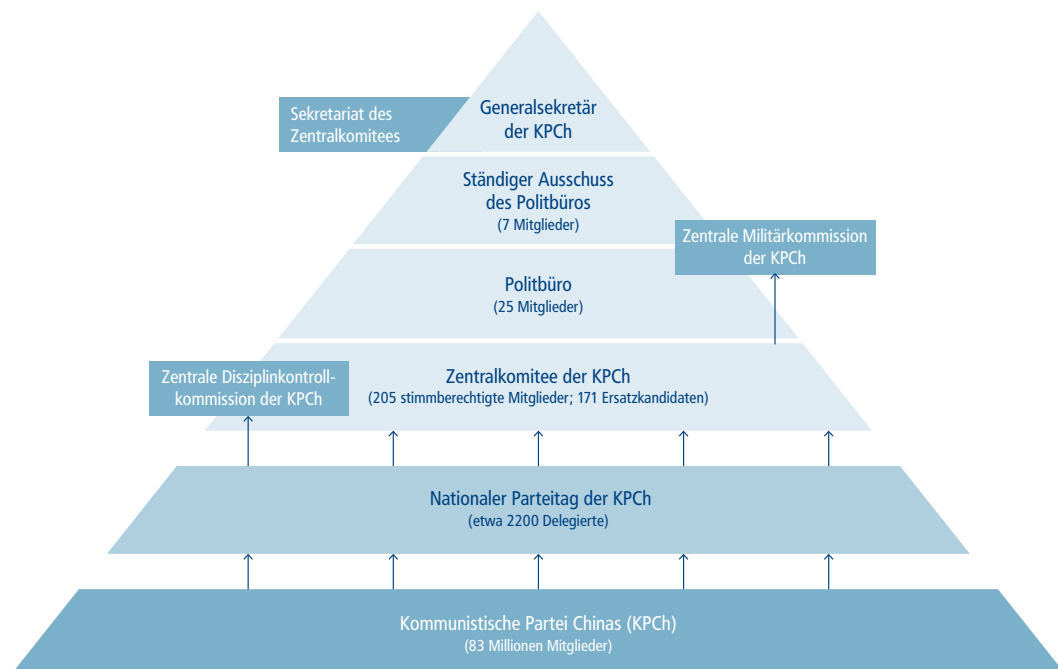
Der Führungswechsel, der alle zehn Jahre stattfindet, wird de facto jedoch nicht vor Mitte März 2013 abgeschlossen sein. Erst dann werden die neuen Führungsmitglieder offiziell ihre Ämter in Wirtschaft, Legislative, Justiz und Verwaltung übernehmen. Aus Sicht externer Beobachter hat die Intransparenz, die den Wechsel an Chinas politischer Spitze geprägt hat, die Unsicherheiten hinsichtlich der Autorität, des Zusammenhalts, des Leistungsvermögens und der politischen Ausrichtung des neuen Führungsstabes erheblich verstärkt. Diese Unsicherheiten wurden durch Anzeichen von Uneinigkeit auf oberster Führungsebene weiter verschärft. Dazu zählten der Sturz von Bo Xilai (ehemaliger Anwärter für eine Top-Führungsposition), das sinkende Wirt-

schaftswachstum, die lauter werdenden Rufe nach demokratischen Reformen, die Zunahme sozialer Spannungen sowie die Verschlechterung der Beziehungen zwischen China und einigen der führenden globalen Mächte.

Im Folgenden werden wir zunächst die wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und externen Herausforderungen analysieren, denen sich Chinas neue Führung gegenübersteht. Wir werden weiterhin die Zusammensetzung des neuen Führungsteams um Xi Jinping untersuchen, dessen Prioritäten identifizieren und die Perspektiven für wichtige politische Änderungen bewerten.

\* Minxin Pei ist Professor für Regierungswesen am Claremont McKenna College in Kalifornien, USA und non-resident Senior Fellow beim German Marshall Fund of the United States. Er ist der Autor von *China's Trapped Transition: The Limits of Developmental Autocracy*.

## Organigramm der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh)



Quelle: In Anlehnung an [www.china.org.cn/english/congress/227035.htm](http://www.china.org.cn/english/congress/227035.htm)

### Erläuterungen

Der Generalsekretär der KPCh ist der Vorsitzende der Partei. Seine Macht ist jedoch beschränkt, da die Partei dem Prinzip einer „kollektiven Führung“ folgt, in das der Ständige Ausschuss des Politbüros eingebunden ist. Die Amtszeit des Generalsekretärs ist gemäß Konvention auf zweimal fünf Jahre beschränkt.

Der Ständige Ausschuss des Politbüros (SAP) ist das mächtigste beschlussfassende Organ. Es besteht aus sieben Mitgliedern und trifft sich wahrscheinlich wöchentlich, um über wichtige politische Maßnahmen zu entscheiden. Seine Mitglieder werden durch einen undurchsichtigen parteiinternen Aushandlungsprozess ausgewählt. Das Sekretariat des Zentralkomitees leistet für den SAP logistische und personelle Unterstützung. Seine Rolle ist es, die Agenda des SAP zu managen.

Das Politbüro mit 25 Mitgliedern ist kein beschlussfassendes Organ. Seine Mitglieder werden ebenfalls in einem intransparenten Verfahren ausgewählt. Es tritt einmal im Monat zusammen. Die Mitgliedschaft im Politbüro wird als Statussymbol an Parteibosse wichtiger Provinzen, an Vizepremiere, die Propaganda- und Personalleiter der Partei sowie an Spitzenmilitärs verliehen.

Das Zentralkomitee mit 205 stimmberechtigten Mitgliedern und 171 Ersatzkandidaten trifft sich einmal im Jahr und ist ebenfalls kein beschlussfassendes Organ. Seine Mitglieder werden durch ein kontrolliertes Verfahren, das zum Teil nach dem Wettbewerbsprinzip verläuft, gewählt. Die Mitgliedschaft im Komitee wird an Minister, Parteibosse und Gouverneure der Provinzen sowie an Spitzenmilitärs und Führungskräfte von Staatsunternehmen vergeben.

Die Zentrale Militärkommission der Partei ist das Organ, das Chinas Armee befehligt (die Volksbefreiungsarmee). Ihr Vorsitzender ist der oberste Befehlshaber, eine Position, die vom Generalsekretär der Partei besetzt wird. Der erste Vizevorsitzende, ein Mitglied des Politbüros, ist für die alltäglichen Belange des Militärs zuständig.

Die Zentrale Disziplinarkommission ist die parteieigene Antikorruptionsagentur. Sie untersucht Vorwürfe hinsichtlich Rechtsverletzungen von hochrangigen Funktionären.

Der Parteitag mit etwa 2200 Delegierten (nahezu alle davon Funktionäre in leitender und mittlerer Funktion), die aus 83 Millionen Mitgliedern ausgewählt werden, trifft sich alle fünf Jahre einmal zur Wahl der Mitglieder des Zentralkomitees.

## Ökonomische Herausforderungen: Wiederbelebung des Wachstums und Verhinderung einer Finanzkrise

Eines der dringlichsten Probleme, mit denen sich die neue Führungsriege konfrontiert sieht, ist die schwächelnde chinesische Konjunktur. Während China im Jahr 2010 noch eine Wachstumsrate von 10,4 Prozent zu verzeichnen hatte, ist das Wirtschaftswachstum seitdem stetig zurückgegangen. 2011 fiel es auf 9,2 Prozent und für 2012 wird eine Abnahme auf 7,4 Prozent erwartet. Auch wenn ein solches Wachstum in den übrigen Teilen der Welt noch immer für neidische Blicke sorgen mag, weist das Ausmaß dieses Abstiegs mit grob 30 Prozent in zwei Jahren doch auf die strukturellen Schwächen der chinesischen Wirtschaft hin und lässt das Risiko einer Notlage im Finanzsektor, steuerlicher Insolvenzen lokaler Regierungen und zunehmender Arbeitslosigkeit radikal ansteigen.

Die Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums und der Erhalt einer relativ hohen Wachstumsrate (im Fall Chinas etwa 7% bis 8% p. a.) erfordern sowohl kurzfristige Maßnahmen wie steuerliche und monetäre Anreize als auch schwierige strukturelle Reformen. Die Faktoren, die hinter Chinas wirtschaftlicher Abschwächung stecken, sind komplex. Extern haben die Schuldenkrise in Europa und Amerikas kraftlose Erholung aus der Rezession die Nachfrage nach Chinas Exportgütern gedrosselt, die in den letzten beiden Jahrzehnten ein starker Wachstumsmotor für das Land war. Intern heizte das Konjunkturpaket von 2008-2009, das mit 4 Billionen Yuan (500 Milliarden Euro) an Staatsausgaben und mehr als 11 Billionen Yuan (1,38 Billionen Euro) an Bankkrediten finanziert wurde, die Bildung einer Immobilien- und einer Infrastrukturblase an. Während das Konjunkturpaket dabei half, das Wachstum 2009-2010 auf einem hohen Niveau zu halten, führte es in weiten Teilen des Bankensektors zur Entstehung notleidender Kredite, deren genaues Ausmaß bislang nicht bekannt ist. Beijing reagierte mit einer Geldverknappung. Die Kreditvergabe wurde insbesondere im Immobiliensektor, der gegenwärtig 20 Prozent der chinesischen Investitionen (etwa die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts,

BIP) ausmacht, gedrosselt. Als Ergebnis fiel das Investitionswachstum von noch 30 Prozent im Jahr 2011 auf 17 Prozent in diesem Jahr.

Einige Beobachter argumentieren zwar, dass die rückläufige externe Nachfrage und die interne Verknappung der Grund für Chinas Konjunkturabschwächung waren. Jedoch dürften strukturelle Faktoren eine weit wichtigere Rolle gespielt haben. Das bedeutendste strukturelle Ungleichgewicht, das die chinesische Wirtschaft beeinträchtigt, besteht zwischen Investitionen und Konsum. Die Investitionen umfassen 45 Prozent des chinesischen BIP. Der private Konsum hingegen liegt bei weniger als 40 Prozent des BIP (im Vergleich zu 57 Prozent in Deutschland und 70 Prozent in den Vereinigten Staaten). Dieses makroökonomische Ungleichgewicht führt bei der Generierung von Wachstum zu einer exzessiven Abhängigkeit von Exporten und Investitionen, da die chinesischen Privathaushalte zu wenig konsumieren. Bis die globale Wirtschaftskrise 2008 einen dramatischen Rückgang des Exportwachstums verursachte, stammten etwa 70 Prozent des Wirtschaftswachstums in China aus Exporten und Investitionen. Die schwache Konsumnachfrage der Privathaushalte macht die chinesische Wirtschaft gegenüber Rezessionen auf seinen Hauptexportmärkten und gegenüber einer sinkenden Rentabilität der eigenen Firmen aufgrund überschüssiger Produktionskapazitäten besonders anfällig.

Zur Korrektur dieses Ungleichgewichts ist die Förderung des privaten Konsums nötig, was wiederum nicht ohne eine wesentliche Steigerung des realen Haushaltseinkommens geschehen kann (d. h. eine Kombination aus Lohnerhöhungen, staatlichen Transferleistungen und Kapitalerträgen). Derzeit machen die Löhne knapp unter 50 Prozent des BIP aus – obwohl sie in den letzten Jahren gestiegen sind – und das persönliche verfügbare Einkommen beträgt gerade einmal 40 Prozent des BIP.

Angesichts dieser Sachlage müssen die strukturellen Reformen, die für eine nachhaltige Ausrichtung des Wachstums unbedingt erforderlich sind, effektive Maßnahmen zur Steigerung der Haushaltseinkommen beinhalten. Dazu gehören die Liberalisierung der Zinssätze (so dass die chinesischen Sparer einen positiven Zins auf ihre Bankeinlagen erhalten), Arbeitsmarktreformen, die Wanderarbeitern die gleichen Bürgerrechte gewähren wie städtischen Bewohnern, das Einstellen der Subventionen für Staatsunternehmen und die

Eingrenzung ihres Monopols in Schlüsselsektoren, das Schaffen eines realen sozialen Sicherheidsnetzes und eine progressive Steuerreform. Natürlich hat die chinesische Regierung die Notwendigkeit und Dringlichkeit dieser Reformen längst erkannt. Aber im vergangenen Jahrzehnt war sie wenig erfolgreich, wenn es um die Bekämpfung eines makroökonomischen Ungleichgewichts wie dem einer exzessiv hohen Investitionsrate gegenüber einem geringen Konsum der Privathaushalte ging.

## Politische Herausforderungen

Die größte politische Aufgabe der neuen Führungsriege besteht darin, die Glaubwürdigkeit der Partei wiederherzustellen, die durch die grassierende Korruption, notorischen Lügen von Regierungsbeamten und die Unfähigkeit, soziale Missstände (wie Ungleichheit und schlechte Sozialleistungen) anzugehen, starken Schaden genommen hat. Die Partei muss außerdem den zunehmenden Forderungen nach politischen Reformen gerecht werden.

Die Wiederbelebung eines prodemokratischen politischen Diskurses mit einer breiten Basis gehört zu den überraschendsten und vielversprechendsten Entwicklungen in China in jüngster Zeit. Der wachsende Druck auf die Partei, sinnvolle demokratische Reformen umzusetzen, reflektiert in wesentlichem Ausmaß den innerchinesischen Konsens darüber, dass die aus dem Amt scheidende Führung ein Jahrzehnt der Chancen für die Umsetzung solcher Reformen ungenutzt verstreichen ließ. Für eine Demokratisierung förderliche Reformen – wie die Erweiterung der Pressefreiheit, die Lockerung der Kontrolle über die Zivilgesellschaft, die Einführung lokaler Wahlen nach dem Wettbewerbsprinzip und der Aufbau einer unabhängigen Justiz – werden als wichtige Schritte gesehen, die zur Zügelung der Korruption, zur Wiederherstellung der öffentlichen Unterstützung für die Kommunistische Partei und für einen angemessenen Umgang mit sozialen Unruhen unternommen werden könnten. Es besteht auch ein zunehmender Konsens darüber, dass politische Reformen notwendig sind, um den Erfolg der Wirtschaftsreformen zu sichern. Die stärksten Widerstände gegen marktorientierte Reformen in China sind auf Seiten der etablierten Interessengruppen festzustellen: privilegierte Staatsunternehmen, lokale Regierungen, Bürokraten und

Parteifunktionäre. Die Überwindung dieser Widerstände erfordert die Erhöhung des öffentlichen Drucks durch eine stärkere Einbindung der einfachen Bevölkerung und der Zivilgesellschaft. Wirkliche politische Reformen sind der Kommunistischen Partei jedoch seit der Niederschlagung der Tian'anmen-Proteste 1989 ein Dorn im Auge. Die Konservativen in der KPCh halten daran fest, dass die Partei es sich nicht leisten könne, auf das politische Machtmonopol zu verzichten. Als Konsequenz wird sich der Konflikt zwischen denjenigen, die Demokratie als Mittel zur Bekämpfung der wachsenden politischen und sozialen Missstände in China sehen, und denjenigen, die den Status quo verteidigen, wahrscheinlich weiter zuspitzen. Diese Polarisierung wird die neue Führung letztendlich dazu zwingen, Position zu beziehen. Sie muss solche Reformen entweder unterstützen oder ihnen standhalten.

## Gesellschaftliche Herausforderungen

Chinas neue politische Führung muss nicht nur mit dem Drängen auf politische Reformen umgehen, sondern auch die aufgestauten gesellschaftlichen Probleme angehen, durch die Stabilität und Wohlstand bedroht werden. Ganz oben auf der Agenda für soziale Reformen stehen die Reduzierung der Ungleichheit bei den Einkommen und die Verbesserung der Chancengleichheit für die einfache Bevölkerung. Mit einem Gini-Koeffizienten von aktuell etwa 0,50 haben sich die Einkommensdifferenzen in China in den letzten dreißig Jahren nahezu verdoppelt. Die treibenden Faktoren hinter der ungleichen Einkommensverteilung sind zwar weitaus komplexer, jedoch haben einige Strategien von Seiten der chinesischen Regierung wesentlich zur Verschärfung dieses generellen Trends beigetragen. Zum Beispiel haben es die größtenteils regressive Steuerpolitik, die keine Besteuerung von Kapitalgewinnen vorsieht, und die Vernachlässigung der sozialen Sicherheit unmöglich gemacht, eine Neuverteilung anzugehen, um die wachsende Ungleichheit im Einkommensbereich zu bekämpfen. Zusätzlich sorgt die im Verwaltungsapparat grassierende Korruption dafür, dass die regierende Elite große Reichtümer durch illegale Mittel anhäufen kann.

Ein noch dringlicheres Problem als die Einkommensdifferenz stellt die wachsende Chancengleichheit für die einfache Bevölkerung dar.

Während verwandtschaftliche Beziehungen den Kindern der regierenden Elite den Zugang zu besseren Schulen, Jobs und geschäftlichen Möglichkeiten ebnet, verschließen sich dem einfachen chinesischen Staatsbürger viele Kanäle der sozialen Mobilität. Insbesondere junge Menschen aus Bauern- und Arbeiterfamilien können sich den Besuch eines College oder einer Universität nicht mehr leisten, da ihnen die finanziellen Mittel für eine adäquate Vorbereitung auf die landesweiten Hochschulauftakmepfungen fehlen. Der Anteil der Studenten aus sozial benachteiligten Familien liegt an den meisten chinesischen Eliteuniversitäten auf einem Rekordtief. Auf dem Arbeitsmarkt sind bei der Stellenvergabe in Staatsunternehmen und im öffentlichen Dienst ebenfalls familiäre Beziehungen, nicht die eigene Leistung, ausschlaggebend.

Die Erhöhung der sozialen Sicherung – zum Beispiel durch die Bereitstellung einer erschwinglichen, staatlich subventionierten Gesundheitsversorgung und einer nachhaltig gestalteten Altersvorsorge – wäre eine Maßnahme, um die wachsende Ungleichheit in China anzugehen. Zugegebenermaßen hat die chinesische Regierung dieses Problem bereits vor mehr als einem Jahrzehnt in Angriff genommen. Allerdings ist sie in dieser Hinsicht nicht wirklich vorangekommen. Unter der Regierung von Hu Jintao und Wen Jiabao wanderten zwar mehr Mittel der Zentralregierung in das Gesundheitswesen. Jedoch waren diese Bemühungen aufgrund des Mangels an lokaler Finanzierung, des Fehlens von institutionellen Reformen zur Verbesserung von Effizienz und Fairness sowie aufgrund des Fortbestands der unangemessenen Rolle der Regierung als Investor statt als Service-Provider unzureichend.

Ein weiteres schwerwiegendes sozio-politisches Problem, mit dem sich die neue Führungsriege konfrontiert sieht, besteht in der akuten Umweltkrise in China, die sich kontinuierlich verschärft. Nachdem die chinesische Regierung über viele Jahre hinweg die wirtschaftliche Entwicklung als Top-Priorität angesehen hat, steht sie nunmehr einem drohenden ökologischen Desaster gegenüber, das durch den Klimawandel noch verstärkt wird. Rekorddürren und Umweltverschmutzung haben das Problem der Wasserknappheit erheblich verschlimmert. Privatautos sind für die wachsende chinesische Mittelschicht im Nu zum Transportmittel erster Wahl avanciert, was in urbanen Zentren zu einem endemischen Verkehrsinfarkt führt und die Luftverschmutzung das ganze Jahr

über auf gefährliche Werte ansteigen lässt. Im Zuge dieser Entwicklung hat jedoch das Umweltbewusstsein in der chinesischen Bevölkerung deutlich zugenommen, sodass diese sich gegenüber den Regierenden heutzutage immer weniger in Zurückhaltung übt. Eine Serie groß angelegter Proteste in der Bevölkerung, die kürzlich in mehreren chinesischen Städten stattfand und sich gegen die Pläne der lokalen Regierungen richtete, umweltschädigende Chemie- und Papierfabriken zu bauen, demonstriert diesen erfreulichen Trend hin zu einem Umweltaktivismus von unten.

Eine dringend notwendige soziale Reform besteht außerdem darin, das Problem einer schnellen Überalterung der Bevölkerung anzugehen. Der wachsende Wohlstand, sich wandelnde soziale Normen und eine von der Regierung auferlegte Familienplanung haben zu einer starken Abnahme der Geburtenrate geführt (derzeit kommen auf 1000 Menschen 12,31 Lebendgeburt). Während die wirtschaftlichen Konsequenzen einer Überalterung der Bevölkerung wohlbekannt sind (z. B. verlangsamtes Wirtschaftswachstum und ansteigende steuerliche Defizite), sind effektive Lösungen nur schwer zu finden. Im chinesischen Fall könnte sich eine Beendigung der drakonischen Ein-Kind-Politik als hilfreich erweisen, wenn auch nur in bescheidenem Maße. Um die Auswirkungen einer Überalterung der Arbeitskräfte in China abzuschwächen, sind mehr Investitionen in das Humankapital zur Steigerung der Arbeitsproduktivität erforderlich. Die neue Führung kann das erreichen, indem sie die allgemeine Bildung im Sekundarbereich kostenfrei gestaltet und somit die durchschnittliche Anzahl von Jahren, die Kinder vom Land in der Schule verbringen, von knapp unter neun auf etwa zwölf erhöht.

## Außenpolitische Herausforderungen

Der Führungswechsel fällt in eine Phase, die von einer Verschlechterung der Beziehungen Chinas zu den Vereinigten Staaten sowie zu einigen seiner größeren Nachbarn geprägt ist. Eine der zentralen außenpolitischen Herausforderungen für die neue Regierung besteht in der allmählichen Normalisierung der sino-japanischen Beziehungen. Die diplomatische Konfrontation zwischen Beijing und Tokio bezüglich der Diaoyu-/Senkaku-Inseln ist an einem Punkt angelangt, an dem die unbeabsichtigte Auslösung eines Marine-

konflikts nicht mehr ausgeschlossen werden kann. Da chinesische Schiffe, die jetzt in den Küstengewässern nahe der umstrittenen Inseln ihre See-Manöver durchführen, die territorialen Ansprüche Japans infrage stellen, kann jede direkte Reaktion Tokios zu einer Eskalation der Krise führen. Einen Weg aus diesem diplomatischen Sumpf zu finden, stellt für beide Regierungen eine große Herausforderung dar.

Ein weiterer maritimer Konflikt – der Machtkampf im Südchinesischen Meer – verfügt über ähnliches Potenzial und könnte in einer direkten militärischen Auseinandersetzung, höchstwahrscheinlich zwischen China und Vietnam, enden, sollte es einem der beiden Staaten an Zurückhaltung mangeln. Dass sich die Vereinigten Staaten in diesem Disput offensichtlich auf die Seite Vietnams und der Philippinen gestellt haben, führt in Beijing zu einem tief gehenden Misstrauen gegenüber Washington – Hanoi und Manila wiederum scheinen dadurch ermutigt worden zu sein, gegen Beijing aufzubegehren.

Die schwierigste Herausforderung, die Xi Jinping und seine Kollegen meistern müssen, besteht jedoch in der Restabilisierung der sino-amerikanischen Beziehungen – auch wenn das Verhältnis zwischen Beijing und Washington gegenwärtig weitgehend entspannt erscheint. Denn diese – weltweit wohl wichtigsten – bilateralen Beziehungen sind aufgrund der gefährlichen Eigendynamik eines strategischen Wettbewerbs weiterhin stark gefährdet. Hierbei sind viele Faktoren am Werk. Amerikas „Pivot to Asia“ [Hinwendung nach Asien] wird von China als eine eindeutige langfristig angelegte Strategie der Eindämmung angesehen, die entwickelt wurde, um Chinas Einfluss in der Region zu schwächen. Washington sieht Chinas schnelle militärische Modernisierung wiederum als Unterminierung der strategischen Balance in Asien und als direkte Bedrohung des uneingeschränkten Zugangs der USA zu dieser Region. Aufgrund der unterschiedlichen politischen Systeme scheint es für Washington und Beijing nahezu unmöglich, strategisches Vertrauen aufzubauen – trotz aller Dialog- und Austauschformate auf höchster Ebene.

## Das neue Führungsteam

Die erste Phase des Führungswechsels wurde formell am 15. November vollzogen, als die Partei die sieben neuen Mitglieder des Ständigen

Ausschusses des Politbüros (SAP) und die 25 Mitglieder des Politbüros bekannt gab. Am 14. November wählten die Delegierten des Parteikongresses zusätzlich ein neues Zentralkomitee mit 205 stimmberechtigten Mitgliedern und 171 Ersatzkandidaten. Von den Mitgliedern des Zentralkomitees wurden etwa 55 Prozent neu ernannt. Das ist eine typische Größenordnung, die sich durch die strikte Altersbegrenzung ergibt. Das Politbüro hat 15 Neuzugänge, wobei die meisten von ihnen Parteisekretäre aus den Provinzen sind, die ausgesucht wurden, um Schlüsselressorts in der Partei und in der Zentralregierung zu übernehmen. Die bemerkenswertesten Neumitglieder sind zwei 49 Jahre alte Parteisekretäre. Aufgrund ihres relativ jungen Alters bringen Sun Zhengcai und Hu Chunhua gute Voraussetzungen als Anwärter auf die beiden Spitzenpositionen in der nächsten Führungsgeneration mit, wenn die Partei in fünf Jahren die Nachfolger von Xi Jinping und Li Keqiang auserwählt.

Wie erwartet, bekamen Xi Jinping und Li Keqiang offiziell die beiden Toppositionen in der Partei zugesprochen, wobei Xi den Posten des Generalsekretärs und des Vorsitzenden der Militärkommission übernahm (oberster Befehlshaber der Streitkräfte) und Li Keqiang erwartungsgemäß im März nächsten Jahres die Nachfolge von Premierminister Wen Jiabao antreten wird. Neben Xi und Li besteht der SAP aus fünf weiteren Mitgliedern, die alle neu berufen wurden. In hierarchischer Rangfolge geordnet handelt es sich dabei um Zhang Dejiang, derzeitiger Parteiführer von Chongqing, der Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses – der nominellen Legislative des Landes – werden wird, Yu Zhengsheng, gegenwärtig Parteichef von Shanghai, der ein zentrales Beratungsgremium leiten wird, Liu Yunshan, der als altgedienter Propagandachef weiterhin die Medienkontrolle überwachen wird, Wang Qishan, amtierender Vizepremier, der die Antikorruptionsagentur der Partei leiten wird, und Zhang Gaoli, derzeitiger Parteichef von Tianjin, der zum stellvertretenden Vizepremier ernannt werden wird.

Das vielversprechendste Resultat des Führungswechsels ist der vollständige Rücktritt von Hu Jintao, der seine Positionen als oberster Befehlshaber und Parteivorsitzender abgetreten hat (er wird als Präsident im März 2013 zurücktreten). Diese historische Entscheidung macht Mut für Hus politisches Erbe, obgleich seine Amtszeit mittlerweile als ein Jahrzehnt der verpassten Reformchancen gilt. Der vollständige Rücktritt von

Hu Jintao sollte Xi Jinping wesentlich entgegenkommen, da Xi auf diese Weise seine Macht voraussichtlich schneller konsolidieren und eine destabilisierende Rivalität innerhalb der Partei vermeiden kann.

Die Verkleinerung des SAP von neun auf sieben Mitglieder wird allem Anschein nach die Fähigkeit von Xi Jinping stärken, eine Koalition zur Durchführung seiner politischen Agenda zu bilden. Da Entscheidungen durch Konsens und nicht durch Abstimmung getroffen werden, wird es Xi im SAP voraussichtlich leichter fallen, die Unterstützung von vier bis fünf Kollegen anstelle von sechs oder sieben zu erlangen.

Insgesamt wirkt der neue SAP eher unscheinbar, da mehrere mittelmäßige Parteifunktionäre die politischen Schlüsselressorts kontrollieren. Einzig Wang Qishan, der für seinen Scharfsinn im Krisenmanagement und bei der Lösung schwieriger wirtschaftlicher Probleme bekannt ist, konnte die internationale Gemeinschaft bislang beeindrucken. Jedoch hat Wang ein Ressort erhalten, das nicht in sein Fachgebiet fällt, auch wenn er bei wichtigen wirtschaftspolitischen Problemen ein Mitspracherecht haben wird. Generell ist über die Ideen von Xi Jinping und darüber, wie er China künftig regieren möchte, wenig bekannt - auch wenn seine kurzen Anmerkungen der Presse gegenüber, die er während der Zeremonie zur Bekanntgabe der neuen Führungsriege äußerte, direkt, einfach und zuversichtlich klangen. Li Keqiang muss erst noch seine wirtschaftlichen Managementfähigkeiten unter Beweis stellen, und der Rest der Gruppe gilt im Allgemeinen als konservativ oder risikofeindlich.

Man sollte jedoch erwähnen, dass die zurückgetretenen Führungspersonen, insbesondere Jiang Zemin (86) und Hu Jintao (70) durch ihre loyalen Anhänger im Ständigen Ausschuss des Politbüros und im Politbüro fortbestehenden Einfluss auf die Politik haben werden.

## Aussicht auf Reformen

Angesichts der Besetzung der neuen Führungsriege scheinen die Prognosen für sofortige und entscheidende Maßnahmen zur Bewältigung der diffizilen Probleme Chinas entmutigend. Während des 18. Parteitages gab man die grundsätzliche Einstellung zu erkennen, dass die Partei

entschlossen ist, den Status Quo zu erhalten. Hu Jintao unterstrich diesen Punkt noch, indem er in einer politischen Stellungnahme erklärte, dass sich die Partei niemals „auf den teuflischen Pfad eines Fahnenwechsels“ begeben werde, wobei er hier symbolisch auf die Aufgabe des Machtmonopols verwies.

Die neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Realität in China dürfte jedoch die neue Führungsriege zum Handeln zwingen. Unter anderem wird vom neuen Führungsstab erwartet, schwierige wirtschaftliche Probleme, insbesondere die anhaltende Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und eine sich anbahnende Krise im Bankensektor, zu bekämpfen. Extern müssen Xi Jinping und seine Kollegen die Spannungen mit Chinas Nachbarn über territoriale Dispute abkühlen.

Als neuer Parteivorsitzender besteht Xi Jinpings oberste Priorität darin, der chinesischen Öffentlichkeit und dem Rest der Welt zu zeigen, was er als Staatschef anders machen wird. Die kurze, geradlinige Ansprache, die er am 15. November gehalten hat, zeigt, dass er sich dieser politischen Notwendigkeit bewusst ist. Angesichts der politischen Zwänge, insbesondere in Form des auf Konsens basierenden Entscheidungsfindungsprozesses an der Spitze und des anhaltenden Einflusses von pensionierten Führungskadern, wird Xi Jinping höchstwahrscheinlich auf graduelle Veränderungen setzen, beginnend mit symbolischen und relativ einfachen Reformen. Dadurch kann er seine politische Glaubwürdigkeit untermauern und für ein gewisses Maß an öffentlicher Unterstützung sorgen. In der Wirtschaft könnten einige der laufenden Versuche zur Liberalisierung der Zinssätze und einer Finanzreform erweitert oder beschleunigt werden. Die Lancierung von Pilotprojekten für lokale Steuerreformen ist ebenfalls denkbar. Im sozio-politischen Bereich bietet es sich für die neue Führung an, das Haushaltsregistrierungssystem (hukou) zu reformieren. Dieses versagt Wanderarbeitern aus ländlichen Gebieten, die sich in den städtischen Regionen niedergelassen haben, bislang, die gleichen Rechte und Vorteile zu genießen wie die städtischen Bewohner selbst. Eine Reform des hukou-Systems würde die wirtschaftlichen Bedingungen und Rechte für Wanderarbeiter verbessern. Darüber hinaus wäre eine deutliche Lockerung, wenn nicht gar die Abschaffung der Ein-Kind-Politik angebracht. Wenn Xi Jinping diese beiden Reformen in Angriff nimmt, wird er zweifelsohne als Reformbefürworter betrachtet werden.

Angesichts der Macht der etablierten Interessengruppen (d. h. Verwaltungsapparat, Staatsunternehmen, lokale Regierungen und Familien von führenden Politikern, die zur neuen Kleptokratie Chinas avanciert sind) ist nicht davon auszugehen, dass die neue Führung in naher Zukunft Schritte unternimmt, um die kritischsten und notwendigsten Wirtschaftsreformen voranzutreiben. Zu diesen gehören hauptsächlich die Privatisierung von Staatsunternehmen, die finanzielle Liberalisierung, der Schutz der Eigentumsrechte, die gründliche Überprüfung des Steuersystems sowie die Deregulierung bestimmter Wirtschaftsbereiche.

Da die Partei politische oder demokratische Reformen als tödlich für ihre Vormachtstellung ansieht, sind solche Reformen vorerst höchst unwahrscheinlich. Jeder führende Politiker, der es wagt, der Partei die Stirn zu bieten, hat keine großen Überlebenschancen – es sei denn, er schafft es, vorher seine Gegenspieler auszuschalten. Das wahre Dilemma, mit dem sich Xi Jinping konfrontiert sieht (vorausgesetzt er wäre tatsächlich ein Reformbefürworter), besteht also darin, dass sinnvolle Wirtschaftsreformen wiederum demokratische Reformen erfordern. Derartige Reformen würden jedoch die konservativen Kräfte innerhalb der Partei unterminieren – Kräfte, die tief im Status quo verankert sind, so unhaltbar dieser auch sein mag.

#### Vi.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
D-33311 Gütersloh

Helmut Hauschild  
Telefon: +49 5241 81-81521  
helmut.hauschild@bertelsmann-stiftung.de

Cora Jungbluth  
Telefon: +49 5241 81-81482  
cora.jungbluth@bertelsmann-stiftung.de

ISSN 2195-0458

#### Weiterführende Lektüre:

Heberer, Thomas und Anja Senz. "The Bo Xilai Affair and China's Future Development." *Asien* 125: 78–93, Oktober 2012.

Pei, Minxin. *China's Trapped Transition: The Limits of Developmental Autocracy*. Cambridge: Harvard University Press, 2006.

McGregor, Richard. *The Party: The Secret World of China's Communist Rulers*. New York: HarperCollins, 2012.